

MINSK, CHABAROWSK, TOMSK IM SOMMER 2020: EINE FRÜHLINGSREISE DURCH PUTINS AUTORITÄREN HERBST

Dr. Regina Heller

Zusammenfassung:

Die offenbar gefälschten Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen und die sich anschließende äußerst brutale Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten hat in Belarus eine Macht- und Legitimitätskrise heraufbeschworen. Mit dem Ausmaß des zivilen Widerstands gegen das Lukaschenko-Regime, das beispiellos in der Geschichte des Landes ist, hatte wohl niemand gerechnet. Während Alexander Lukaschenko jegliche Verhandlungen mit der Opposition ablehnt und entschlossen ist, sich an der Macht zu halten, vertraut er auf die Unterstützung seines wichtigsten Verbündeten – Russland. Dies hat im Westen vor allem die Sorge um einen geopolitischen Konflikt mit Russland und ein militärisches Eingreifen Moskaus in Belarus ausgelöst. Ganz ausgeschlossen ist dieses Szenario nicht. Doch die Ereignisse sind für Russland nicht nur ein außenpolitisches, sondern auch ein innenpolitisches Problem. Denn auch Wladimir Putin befindet sich in einer Legitimitätskrise und die Angst vor der subversiven Kraft einer wiedererstarkenden Protest- und Oppositionsbewegung in Russland ist im Kreml groß. In den Straßenprotesten von Minsk spiegelt sich der massive Vertrauensverlust in der Bevölkerung und das Bedürfnis nach Veränderung, das auch in einigen Teilen Russlands seit geraumer Zeit wiedererwacht. Mit der Vergiftung des Kreml-Kritikers Alexey Navalny hat der Kreml die heimische Opposition in die Schranken gewiesen und gezeigt, dass es einen Aufstand „von unten“ im eigenen Land unter keinen Umständen akzeptiert.

Minsk: russische Nachbarschaftshilfe

Moskau hat handfeste Gründe, seinem Partner Lukaschenko in der Krise zu Hilfe zu kommen. Russland und Belarus sind seit dem Zerfall der Sowjetunion strategische Partner. Russlands kultureller Einfluss in Belarus ist groß; Belarus ist zudem ökonomisch abhängig von Russland. Russland unterstützt seinen wirtschaftlich schwach aufgestellten Nachbarn; der bleibt im Gegenzug politisch loyal zu Moskau. Für beide Seiten ist daraus eine *Win-Win*-Situation entstanden: Präsident Lukaschenko, der seit 26 Jahren sein Land mit autoritären Methoden regiert, wahrt die Souveränität seines Landes, während Moskaus geopolitischer Einfluss in der Region gesichert bleibt.

Doch seitdem Russland weitergehende Hegemonieansprüche im post-sowjetischen Raum stellt, ist die so gehaltene Balance zwischen Souveränitätsansprüchen und Abhängigkeit für Belarus in Schieflage geraten. So dominiert Russland die 2015 in Kraft getretene Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), was sich unvorteilhaft für die Durchsetzung der Interessen von Belarus auswirkt. Auch wittert Lukaschenko in der angestrebten Union zwischen Russland und Belarus ein Instrument, Putins Machtposition zu stärken, was dazu geführt hat, dass sich Belarus in den letzten Jahren einer weiteren Vertiefung der Integration massiv widersetzt. Um seine Vorteile aus der trotz allem engen Beziehung mit Moskau auch weiterhin zu ziehen und Konzessionen zu erwirken, hat Lukaschenko den Kreml immer wieder unter Druck gesetzt, unter anderem indem er sich zeitweise ökonomisch auf die USA und politisch auf die EU zuzubewegen schien.

Um Russland in der aktuellen Krise zu mobilisieren, bemüht Lukaschenko das Narrativ von einer westlichen Einmischung politischer oder militärischer Art in Belarus. Mit der Geopolitisierung des innenpolitischen Konflikts hofft er, Putins anti-westliche Instinkte zu wecken und sich damit die uneingeschränkte Unterstützung seines Partners zu sichern. Dabei beruft er sich auf ein Abkommen, das Russland erlaubt, in Belarus zu intervenieren und die Proteste zu stoppen. Es gibt allerdings nur wenige Ansatzpunkte, wo das geopolitische Narrativ verfangen könnte: die belarussische Protestbewegung beruft sich nicht auf die EU oder andere westliche Akteure, und auch der Westen hat schnell alle Zweifel aus dem Weg zu räumen versucht, man beabsichtige irgendeine Art der direkten Einmischung von außen. Nichtsdestotrotz ist eine russische Intervention – offen oder verdeckt – nicht völlig ausgeschlossen; sie wird umso wahrscheinlicher, je weniger Lukaschenko selbst in der Lage ist, die Situation in seinem Land unter Kontrolle zu bringen, sprich: die „Revolution von unten“ zu beenden. In jedem Fall wird Moskau alles versuchen, Lukaschenko bzw. sein autoritäres Regime an der Macht zu halten.

Chabarowsk und Tomsk: Unruhe im russischen Fernen Osten

Denn das Aufbegehren und die Selbstermächtigung der belarussischen Bevölkerung bzw. Lukaschenkos Probleme, dem im Sinne des Machterhalts zu begegnen, ist für den Kreml nicht zuvorderst ein außenpolitisches, sondern vor allem ein innenpolitisches Problem. Einige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen in Belarus entstanden ähnliche öffentliche Proteste in Chabarowsk in Russlands Fernem Osten. Dort skandieren seit Anfang Juli Demonstranten auf der Straße „Putin tritt zurück!“ Ausgelöst wurden die Proteste durch die Verhaftung des dortigen Gouverneurs, Sergej Fugal. Dem Politiker wird vorgeworfen, vor 15 Jahren in eine Serie von Morden involviert gewesen zu sein. Fugal, der jegliche Vorwürfe bestreitet, siegte als Kandidat der ultrakonservativen Liberaldemokratischen Partei Russlands (LDPR) bei den letzten Gouverneurswahlen 2018 mit fast 70 Prozent der Stimmen haushoch gegen den Kandidaten der Kreml-Partei „Einiges Russland“. Fugal erfreute sich großer Beliebtheit, war bürgernah und versuchte, insbesondere die lange ignorierten ökonomischen Probleme in der Region

anzugehen. Die Demonstranten in Chabarowsk sehen in Fugals Verhaftung, die vor laufenden Kameras erfolgte, ein Manöver der Zentralregierung in Moskau, den Oppositionspolitiker auszuschalten, weshalb sich ihre Wut auch in erster Linie gegen Präsident Putin richtet. Mittlerweile haben sich andere Regionen den Protesten angeschlossen und dabei auch ihre Solidarität mit der Protestbewegung in Belarus bekundet.

Die Parallelen zur Situation in Belarus sind frappierend: Hier wie in Belarus fühlen sich die Menschen ihrer Stimme beraubt und von der Zentralmacht betrogen. In Moskau wie in Minsk haben die Machthaber das Ausmaß der Wut und der Proteste nicht kommen sehen. Tatsächlich sind die Proteste in Russlands Fernem Osten Ausdruck einer auch in Russland existierenden Legitimitätskrise, die das Putin-Regime schon seit längerem erfasst hat. Waren die Zustimmungswerte zu Putins Politik bereits seit 2018/19 rückläufig, so ist Putins Beliebtheit nun während der Corona-Krise, die Russland nicht nur bei den Fallzahlen, sondern auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen hart getroffen hat, auf einem Rekordtief. Zum Vergleich: Nach der Krim-Annexion unterstützten 80 Prozent Putin und seine Regierung. 2020 liegt die Zustimmung nur noch bei 59 Prozent. Angesichts dieser Zahlen entspricht auch die hohe Zustimmung zum Verfassungsreferendum von diesem Sommer offenbar nicht der Stimmung in der Bevölkerung.

Im Kreml läuten die Alarmglocken: Die Proteste im Fernen Osten sind bis heute nicht wirklich abgeklungen; im Nachbarland Belarus macht die Bevölkerung vor, wie ein autoritäres Regime in die Knie gezwungen werden und Veränderung „von unten“ aussehen kann; und im September steht in 18 Regionen Russlands die Direktwahl der Gouverneure an. Die Wahlen könnten zur Belastungsprobe für das Putin-Regime werden, wenn sich in ihnen die Unzufriedenheit und der Protest der Bevölkerung zu manifestieren drohen und die Kreml-treuen Kandidaten ohne massive Wahlfälschung nicht in die für sie vorgesehenen Posten katapultiert werden können. Auch bei der Vorbereitung der Wahlen ist aus Sicht des Kremls nicht alles optimal gelaufen: Trotz massiver Behinderungen durch die Behörden hat es die Opposition in einigen Regionen geschafft, ihre Kandidaten offiziell zur Wahl aufzustellen – darunter auch Sympathisanten des Kreml-Kritikers Alexej Navalny.

Innenpolitisch besteht die größte Gefahr für den Kreml folglich darin, dass die heimische Oppositionsbewegung durch die Ereignisse in Belarus aktuell weiter Auftrieb erhalten könnte und während den Regionalwahlen im September ein Momentum entsteht, wodurch auch Putins autoritäre Macht ernsthaft in Frage gestellt wird. Es scheint kein Zufall zu sein, dass just in diesem Augenblick Alexej Navalny auf seiner Rückreise aus dem sibirischen Tomsk nach Moskau einem Giftanschlag zum Opfer gefallen ist. Unerheblich, ob der Anschlag direkt von Putin befohlen wurde, Geheimdienste in vorauseilendem Gehorsam agierten oder korrupte Beamte einer Aufdeckung ihrer Machenschaften zuvorkommen wollten: der Kreml kann mit dem Verlauf der Ereignisse zufrieden sein; die Opposition ist ohne ihren charismatischen Anführer geschwächt, eingeschüchtert und in die Schranken gewiesen worden. Aus ihrem

Frühlingserwachen wird die russische Oppositionsbewegung möglicherweise wieder in einen langen Winterschlaf fallen.

Fazit

Es wird deutlich, dass Moskau den Sturz Lukaschenkos bzw. seines Regimes durch einen Aufstand „von unten“ nicht ohne Weiteres akzeptieren wird und auch nicht kann. Unabhängig davon, welche konkreten nächsten Schritte Moskau in Belarus ergreifen wird – die immer näher rückenden innenpolitischen Einschlüge und die Angst vor dem Machtverlust zwingen Putin geradezu in diese Logik hinein.

[Dr. Regina Heller](#) ist wissenschaftliche Referentin am IFSH und forscht zu Russland, zur Region Osteuropa/Eurasien und zur Politik der EU gegenüber der Östlichen Nachbarschaft.